



# Interviews

**Datum: 19. Juni 2024**

## **Moritz Küpper im Gespräch mit Christian Lindner, FDP, Bundesminister der Finanzen.**

**Moritz Küpper:** Am Telefon ist nun der Bundesminister für Finanzen, Christian Lindner von der FDP. Guten Morgen!

**Christian Lindner:** Guten Morgen, Herr Küpper.

**Küpper:** Herr Lindner, gilt die Kanzlervorgabe vom 3. Juli noch?

**Lindner:** Der 3. Juli wäre der übliche Termin. Darauf hat der Bundeskanzler hingewiesen. Wir sind intensiv bei der Arbeit. Deshalb orientieren wir uns weiter an diesem Datum. Entscheidend ist aber eine gute Lösung, eine zukunftsweisende Lösung und keine schnelle.

**Küpper:** Sie haben das Datum bereits indirekt am Wochenende in Frage gestellt, genau mit dieser Wortwahl. Heute gibt es verschiedene Berichte, dass die Ampel im Sommer nachsitzen muss. Die Gespräche kommen nur langsam voran. Das steht hier in der „Bild“-Zeitung vor mir. Stimmt das?

**Lindner:** Die Gespräche sind sehr intensiv, denn wir haben es mit außergewöhnlichen Beratungen zu tun. Es geht nicht nur um den Etat-Entwurf für das Jahr 2025, sondern ausdrücklich auch um Maßnahmen für eine Wirtschaftswende. Wir können ja nicht zufrieden sein mit der Wettbewerbsfähigkeit und dem Wachstum unserer Volkswirtschaft und deshalb brauchen wir am Arbeitsmarkt, bei der Bürokratie, in der Energiepolitik, bei Infrastruktur und auch im Steuerrecht Maßnahmen, die unser Land wirtschaftlich wieder auf den Erfolgspfad führen. Beides zu verbinden, Etat-Entwurf und Wirtschaftswende, das erfordert intensive Beratungen.

**Küpper:** Sie sagen, die Gespräche sind intensiv. Stimmt es denn auch, dass die Gespräche nur langsam vorankommen?

**Lindner:** Nein! Wir machen Fortschritte. Aber es ist eine große Materie. Ich sage noch mal: Es geht auch um politische Vorhaben, die nicht im engeren Sinne mit dem Haushalt 2025 verbunden sind, beispielsweise: wie können wir den Fach- und Arbeitskräftemangel in unserem Land beheben, wie sorgen wir für wettbewerbsfähige Energiepreise, welche steuerlichen Impulse für Investitionen benötigen wir, wo können wir mehr Ehrgeiz entfalten, um die Bürokratielasten zu reduzieren. Das hat ja nichts im engeren Sinne mit dem Haushalt zu tun, aber mit der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und damit mittelbar den Staatseinnahmen der nächsten Jahre, wenn unsere Wirtschaft wieder prosperiert.

**Küpper:** Sie haben es gesagt, Sie haben da noch mehr Themen hinzubekommen. Dennoch: Sind Sie im Zeitplan?

**Lindner:** Wir haben große Aufgaben und wir machen Fortschritte. Wir haben den vom Kanzler genannten Termin weiter im Blick. Aber Sie haben ja schon darauf hingewiesen: Meine Wortwahl ist, gute Einigung, zukunftsweisender Haushalt, ambitionierte Wirtschaftswende ist wichtiger als Geschwindigkeit.

**Küpper:** Wie hat der Kanzler auf diese Wortmeldung, auf Ihre Worte reagiert?

**Lindner:** Sie können davon ausgehen, dass wir da eng abgestimmt sind.

**Küpper:** Das tue ich gerne, aber wie hat er reagiert?

**Lindner:** Aus internen Gesprächen berichte ich jetzt nichts und ehrlich gesagt, hier ist keine Nachricht zu holen.

**Küpper:** Okay! – Ich frage auch nur deswegen nach: Heute Morgen läuft von Ihnen ein Satz über die Agenturen, dass Sie sagen, wir müssen den Menschen in Ostdeutschland die Ukraine-Politik der Bundesregierung in aller Offenheit erklären. Das gilt für die Ukraine-Politik. Sie sagen aber nicht, dass man die Haushaltspolitik gut erklären muss.

**Lindner:** Doch, aber noch gibt es ja nichts zu erklären, weil wir ja noch konzipieren.

**Küpper:** Wie ist denn das Klima in dieser Dreierunde zwischen dem Bundeskanzler, zwischen dem Vizekanzler Robert Habeck von den Grünen und Ihnen?

**Lindner:** Lösungsorientiert, und wir haben ja, wie ich auch sagte, uns Zeit genommen, sprechen über umfassende Fragen, über den Etat auch hinaus. Aber die entscheidenden Fragen liegen bei den Fakten und nicht bei der Stimmung oder den Zeitplänen.

**Küpper:** Die entscheidende Frage ist ja, wo kann man sparen. Redet man da inhaltlich? Geht man da einzelne Posten durch, oder wie muss man sich das vorstellen?

**Lindner:** Wir reden über die Gesamtarchitektur. Aber ich bin dankbar, wenn Sie das Wort Sparen aufgreifen, denn genau darum geht es ja nicht. In Deutschland wird nicht gespart. Nehmen Sie die Staatsquote: Wir sind bei über 48 Prozent. 2019 vor der Corona-Pandemie waren wir bei 45 Prozent. Das heißt, der Anteil des ...

**Küpper:** Wir müssen da runter? Dann ging es doch ums Sparen?

**Lindner:** Nein, ich will es kurz ausführen.

**Küpper:** Okay.

**Lindner:** Der Anteil des Staates an unserer Wirtschaftsleistung, an dem, was die Bürgerinnen und Bürger und die Betriebe erwirtschaften, ist ja deutlich gewachsen. Worum es jetzt geht, ist eine Schwerpunktverschiebung. Ich möchte einen zukunftsweisenden Haushalt erarbeiten, einen also, der die Bildung stärkt, einen, der in Infrastruktur investiert, einen, der die Sicherheit unseres Landes im Inneren wie nach außen garantiert, ein Haushalt, der die Bürgerinnen und Bürger entlastet, und der künftige Generationen nicht durch immer höhere Zinszahlungen belastet. Das ist die Aufgabe, eine Schwerpunktverschiebung bei insgesamt sehr hohen Staatsausgaben.

**Küpper:** Die dicksten Brocken sind ja Verteidigung und Soziales. Müssen Sie da ran, wenn Sie sagen, Sie wollen verschieben?

**Lindner:** Bei der Verteidigung haben wir ein sehr klares Commitment, dass wir das sogenannte NATO-Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die äußere Sicherheit zu investieren, auf Dauer einhalten werden.

**Küpper:** Da gehen Sie nicht ran?

**Lindner:** Nein! Wir werden in den nächsten Jahren sogar mehr tun müssen für die Landes- und die Bündnisverteidigung. Ich glaube, kein Finanzminister der vergangenen 25 Jahre hat für die Bundeswehr mehr ermöglicht als ich und das möchte und werde ich weiter fortsetzen.

Aber klar ist, wir müssen an die Dynamik der Steigerung im Sozialen heran. Insbesondere ist die Aufgabe, mehr Menschen aus dem Bürgergeld in Arbeit zu bekommen. Es ist ja den Bürgerinnen und Bürgern nicht erklärbar, dass wir Milliarden-Ausgaben, steigende Milliarden-Ausgaben haben für das Bürgergeld, und andererseits fehlen Fach- und Arbeitskräfte. Hier liegt eine Lösung nicht nur für den Haushalt, sondern auch für Probleme unserer Volkswirtschaft und auch für die Menschen selbst, die betroffen sind, denn Arbeit ist ja nicht nur Einkommen, sondern auch Lebensperspektive.

**Küpper:** In der SPD wird es genau deswegen unruhig. Der Parteichef Lars Klingbeil hat seine Sozialdemokraten unter anderem zum Kampf in dieser Sache aufgerufen. Der Kanzler hat Ihnen bisher auch den Rücken gestärkt, hat auch gesagt, die Schuldenbremse, die bleibt. Steht der Kanzler noch zu Ihnen, auch wenn der Druck in der SPD wächst?

**Lindner:** Wir haben eine Verfassung. Da steht die Schuldenregel drin. Sie ist europäisch, nach europäischem Recht geboten. Wir erfüllen ja nicht die Maßgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Mit 64 Prozent Schuldenquote sind wir oberhalb der 60, die erlaubt sind. Sie haben eben Frankreich erwähnt in der Anmoderation. Da zeigt sich ja, wie wichtig es ist, dass Deutschland der Stabilitätsanker auch in Europa bleibt, wegen der Entwicklungen zum Beispiel in Frankreich, aber auch der fiskalischen Lage in Italien. Und nicht zuletzt ist es ökonomisch klug, Herr Küpper, denn für alle Schulden, egal wie wir sie nennen, innerhalb und außerhalb der Schuldenbremse, Sondervermögen oder kein Sondervermögen, für alle Schulden zahlen die Bürgerinnen und Bürger nicht heute, aber viele Jahre Zins und Tilgung. Wir betrügen uns durch zu viele Schulden selbst, wie handlungsfähig der Staat ist, denn es wird gezahlt werden, und da nutze ich lieber jetzt die Möglichkeiten, die wir haben. Jetzt werbe ich für Disziplin, denn zahlen werden wir am Ende sowieso und dann lieber ohne Zinsen.

**Küpper:** Weil Sie gerade den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt erwähnen – heute schaut die EU-Kommission auf die Mitgliedsländer, auf die Haushalte, verschickt unter anderem blaue Briefe. Es wird durchaus mit Defizitverfahren dort gerechnet. Mit wieviel rechnen Sie?

**Lindner:** Ich kann es nicht im Einzelnen vorhersagen, aber ich begrüße ausdrücklich, dass die Europäische Kommission den Stabilitäts- und Wachstumspakt ernst nimmt. Wir erinnern uns alle: Vor gut 15 Jahren haben wir eine Staatsschuldenkrise gehabt, weil die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen nicht mehr gegeben war. Das darf sich nicht wiederholen und deshalb brauchen wir verlässliche Wege zu geringeren Haushaltsdefiziten und zu reduzierten Schuldenquoten.

Ich möchte nicht vergessen, dass fiskalische Stabilität und dass finanzielle Reserven zu haben auch ein Faktor der Sicherheitspolitik ist, auch ein Faktor unserer geopolitischen Stärke.

**Küpper:** In Frankreich wird gewählt. Das wissen wir, das haben wir gerade auch gesagt. Dennoch: Ist das jetzt der Lackmустest für die EU-Kommission mit diesem neuen reformierten Stabilitätspakt?

**Lindner:** Ich würde nicht so weit gehen, Lackmустest für die Kommission, aber ich würde sagen, es ist ein wichtiger Beleg dafür, ob die überarbeiteten Fiskalregeln für die Europäische Union jetzt auch wirklich so angewendet werden, wie das unsere Absicht war. Wir haben ja sehr intensiv als Finanzministerinnen und Finanzminister verhandelt. Wir sind realistischer, wir erlauben mehr Flexibilität für Investitionen, aber mir, Deutschland war es wichtig, dass wir verlässlichere Vorgaben haben für den Abbau von Haushaltsdefiziten und für sinkende Schuldenquoten insgesamt, und daran wird jetzt die Europäische Kommission gemessen. Auch in ihrem Interesse muss es ja liegen, die finanzielle Stabilität in der Europäischen Union und zumal der Währungsunion zu garantieren.

**Küpper:** Dann lassen Sie uns zurück nach Deutschland kommen. Sehe ich das richtig, dass es in dieser Legislaturperiode keine Reform der Schuldenbremse mehr geben wird?

**Lindner:** Nein! Beispielsweise Expertinnen und Experten wie die der Bundesbank machen ja eine sehr klare Voraussetzung für mögliche Reformen. Viele Wirtschaftsforschungsinstitute, viele Wirtschaftswissenschaftler und eben auch die Bundesbank machen ja Vorschläge, aber immer für den Fall, dass Deutschland die europäischen Regeln wieder einhält, also unter 60 Prozent Schuldenquote hat. Das wird in der aktuellen Diskussion oft unterschlagen. Da wird der Eindruck erweckt, mit Vorschlägen etwa der Bundesbank könnte man den aktuellen

Haushalt 2025 leichter aufstellen. Das ist mitnichten der Fall, denn wie ich schon sagte: Wir sind gegenwärtig bei 64 Prozent und noch nicht bei den 60.

Wenn wir die europäische Vorgabe, Herr Küpper, wieder einhalten, dann kann auch ich mir eine Debatte vorstellen. Da habe ich sogar schon einen Vorschlag gemacht. Mein Vorschlag ist: Wenn wir bei unter 60 Prozent sind, also auf dem Vor-Corona-Niveau, dann müssen wir auch die entsprechenden Corona-Schulden nicht mehr überproportional schnell tilgen. Das gleiche kann ich mir vorstellen für das Geld, das wir aus dem Sondervermögen Bundeswehr ausgegeben haben. Sprich: Das wäre mit etwas Disziplin ein zusätzlicher Spielraum von zwölf Milliarden Euro jährlich, die wir idealerweise für zusätzliche Investitionen einsetzen. Das einzige was wir tun müssen, einige wenige Jahre solide sein.

**Küpper:** Zum Abschluss, Herr Lindner, noch eine Frage zu einem anderen Komplex an den FDP-Parteichef. Bettina Stark-Watzinger, die Bildungs- und Forschungsministerin aus Ihrer Partei, die steht unter Druck. Es geht dort um Fördermittel, es geht dort um den Konflikt im Nahen Osten. Ist der Bruch mit der Wissenschaft, dieser Vertrauensbruch, ist der noch zu kitten?

**Lindner:** Es gibt keinen Vertrauensbruch mit der Wissenschaft. Frau Stark-Watzinger hat eine klare und von mir geteilte Position zum Antisemitismus. Den können wir an keiner Stelle in unserem Land relativieren und tolerieren. Wir stehen klar für eine Zwei-Staaten-Lösung, Staat Israel, Staat für das palästinensische Volk, und dem widerspricht jede Sympathie für die Hamas, die das Existenzrecht Israels bekanntlich bestreitet.

Im Ministerium gab es von einer leitenden Beamtin indessen eine Fragestellung, die nicht mit dem Gedanken der Wissenschaftsfreiheit vereinbar ist, und deshalb ist das interne Vertrauensverhältnis zwischen der Ministerin und der leitenden Beamtin gestört. Minister führen ihre Häuser in eigener Verantwortung und politische Beamte müssen das Vertrauen der Hausleitung genießen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*